

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

Rede

Horst-Werner Maier-Hunke

Präsident

Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen

Unternehmertagung 2011

15. November 2011
Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 17.00 Uhr

Sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

sehr herzlich begrüße ich Sie alle zur diesjährigen Unternehmertagung. Ich freue mich, dass Sie in so großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind.

Ein besonders herzliches Willkommen gilt Ihnen, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin. Es ist gute Tradition, dass die Landesvereinigung ein Mal in der Legislaturperiode den amtierenden Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens einlädt, zu uns zu sprechen.

Liebe Frau Kraft, wir freuen uns, dass Sie diese Tradition Ihrer Vorgänger Rau, Clement, Steinbrück und Rüttgers fortsetzen. Wir sind bereits gespannt auf Ihre Ausführungen.

Mein Willkommensgruß gilt den anwesenden Staatssekretärinnen und Staatssekretären der Landesregierung, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtags – stellvertretend

- dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Norbert Römer
- und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Gerhard Papke.

Ich begrüße die Vertreter der Gerichtsbarkeiten, des Konsularischen Corps, der Behörden, der Bundeswehr, der beiden christlichen Konfessionen und der Jüdischen Kultusgemeinden.

Herzlich willkommen heiße ich

- den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Andreas Meyer-Lauber
- und den Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, Oliver Burkhard.

Ich freue mich, dass der ehemalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, heute bei uns ist.

Und wir danken sehr herzlich der Commerzbank, der MetallRente und der Metro Group für die Unterstützung des Unternehmertages 2011.

Meine Damen und Herren,

Deutschland steht offensichtlich am Scheideweg – wieder einmal.

Noch vor wenigen Monaten haben wir erleichtert geglaubt, wir hätten die schwerste Rezession der Nachkriegszeit endlich erfolgreich bewältigt und eine Phase echten Wachstums könne nun anbrechen.

Jetzt lesen wir inzwischen tagtäglich Meldungen, die eine deutliche Konjunktur-Abkühlung erwarten lassen. Zwei Belege:

- Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat vor wenigen Tagen für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent prognostiziert – nach drei Prozent in 2011.
- Der ifo-Geschäftsklimaindex ist bereits zum vierten Mal in Folge gesunken. Und auch der Verlauf der ifo-Erwartungskurve gibt nicht gerade Anlass zu Optimismus.

Die Unsicherheit wird spürbarer. Die Sorge vor unkontrollierten Entwicklungen wächst, die von der europäischen Schuldenkrise ausgelöst werden können.

Wer die hektischen und zum Teil dramatischen Vorgänge der letzten Wochen in Brüssel, Athen und anderswo verfolgt hat, der kann nur ahnen, welcher enormer Druck auf den Regierungen der Euro-Länder lastet.

Ich habe den Eindruck, dass die europäische Politik den Ernst der Lage begriffen hat und fest entschlossen ist, die Europäische Union als eines der wichtigsten Friedensprojekte der Geschichte zusammenzuhalten.

Das ist gewiss nicht einfach, und es ist insbesondere ein Verdienst der deutschen Politik, dass – bei allen Schwierigkeiten – ein Scheitern des EURO-Raums bislang verhindert werden konnte.

Deshalb danke ich ausdrücklich der Bundeskanzlerin, der Bundesregierung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages für Ihren enormen Einsatz für den europäischen Gedanken und die Rettung des Euro.

Meine Damen und Herren,

wichtig ist jetzt, dass alle Akteure – ob Politik, Banken, Wirtschaft oder Gewerkschaften – wachsam bleiben und mit klugen Entscheidungen die zunehmend volatilen Schwankungen ausgleichen.

Und dies gilt besonders für Nordrhein-Westfalen, das wie kaum ein zweites Land von seinen Exporten und damit besonders vom Wachstum in den Ländern der EU abhängt. Eine Zahl macht uns dies deutlich:

Von den gesamten Ausfuhren aus NRW gingen im 1. Halbjahr 2011 allein 65 Prozent in den EU-Raum.

So sehr die Geschäfte mit den aufstrebenden Volkswirtschaften der sogenannten BRIC-Staaten auch blühen, das Brot- und Butter-Geschäft bleibt der Handel mit den Ländern der EU.

Deshalb ist es aus deutscher Sicht so wichtig zu betonen, dass wir uns derzeit nicht in einer Euro-Krise, sondern in einer Schuldenkrise einiger Euro-Länder befinden. Der Euro ist Leidtragender, nicht Verursacher der dramatischen Lage. Und wir Deutsche sollten uns hüten, jenen Stimmen nachzulaufen, die sich öffentlich die D-Mark zurückersehnen. Dies wäre für die Wirtschaft fatal.

Meine Damen und Herren,

Eines aber steht für mich fest: Mehr denn je brauchen wir eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch weiterhin eine Tarifpolitik, die einen mittelfristigen Ausgleich der enormen Schwankungs-Anfälligkeit der internationalen Märkte findet.

Wir brauchen einen gemeinsamen roten Faden, an dem wir alle uns orientieren können, der verlässlich ist und der Vertrauen schafft.

Zumindest unruhestiftend war in den letzten Wochen die unnötige Diskussion innerhalb der CDU über die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns.

Ich bin sehr froh, dass sich die Partei nun offensichtlich wenigstens auf eine gesetzliche Regelung verständigt hat, die die Tarifparteien mit einbindet und regional- und branchenspezifische Besonderheiten berücksichtigt.

Alles andere würde gegen die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen und wäre ein Angriff auf die Tarifautonomie. Für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland gibt es keine sachliche Begründung.

Eine grundsätzliche Anmerkung: Es ist hochgradig gefährlich für Deutschland, funktionierende Elemente unserer Wirtschaftsordnung wie die Tarifautonomie auszuhöhlen und dann auch noch Flexibilitäts-Instrumente wie Zeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu diskreditieren.

Beides hat uns in Krisenzeiten maßgeblich geholfen, Arbeitsplätze in großem Umfang zu erhalten. Dies bestätigen mir übrigens auch immer wieder Betriebsräte. Dass Teile der Politik dies ohne Not über Bord werfen wollen, ist für die nordrhein-westfälischen Unternehmer nicht mehr nachzuvollziehen.

Gerade in wirtschaftlich erfreulichen Zeiten sollte die Politik nicht die wertvollen Zutaten im Futter den Pferden verwehren, die den Karren kraftvoll durch tiefe Täler und über hohe Berge ziehen sollen.

Meine Damen und Herren,

Deutschland steht aufgrund seiner Wirtschaftskraft zwar besser da als die meisten anderen Länder. Das darf aber nicht den Blick davor verstellen, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls deutlich über unsere Verhältnisse gelebt und nahezu jedes Jahr die Staatsverschuldung erhöht haben.

Ein Haushalt ohne neue Schulden muss daher das oberste Ziel unseres politischen Handelns sein. Diesem haben sich in Zukunft alle anderen politischen Belange unterzuordnen! Nicht alles Wünschenswerte ist möglich.

Und das gilt ganz besonders auch für Nordrhein-Westfalen. Das Konzept, mit immer neuer Verschuldung zukünftige Schulden zu verhindern, ist vergleichbar mit dem Wunsch, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Das muss einfach scheitern.

Ich begrüße die Ankündigung der Landesregierung, angesichts zu erwartender Steuermehreinnahmen die Neuverschuldung für 2012 zu verringern. Allerdings hätte der Tritt auf die Ausgabenbremse deutlich kräftiger ausfallen dürfen.

Wir Unternehmer in NRW sagen Ja zu Investitionen in die Zukunft. Dazu gehören die Bereiche Bildung, Forschung und Infrastruktur. In Zeiten wie diesen müssen die Prioritäten aber richtig gesetzt werden, wenn die Politik Zukunft gestalten will. Doch leider müssen wir feststellen, dass so manche Weiche falsch gestellt wird.

- Nicht verstehen kann ich, dass trotz der Finanznöte die Personalkosten im NRW-Landesdienst 2011 um weitere 838 Millionen Euro gestiegen sind. Allein die Erhöhung der Zahl der Landesbediensteten umfasst 2.000 Stellen – von Pensionsrückstellungen will ich gar nicht erst reden.
- Unverständlich ist die Änderung des Personalvertretungsgesetzes, die zu einer Vielzahl zusätzlicher Freistellungen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst führt und damit erhebliche Zusatzkosten verursacht.
- Nicht nachvollziehen kann ich die Abschaffung der Studiengebühren, die das Land jedes Jahr 250 Millionen Euro kostet.

- Zwar wünschenswert, aber nicht finanzierbar ist das beitragsfreie Kindergartenjahr, das das Land jedes Jahr 150 Millionen Euro kostet.
- Und zusätzliche Kosten verursacht die Einführung eines Tariftreuegesetzes, das durch zusätzliche Anforderungen an die Auftragnehmer Belastungen für Land und Kommunen im dreistelligen Millionenbereich bringen wird.

Ich weiß, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, dass Sie für jede dieser Ausgaben aus Ihrer Sicht gute Argumente vorbringen könnten. Wir müssen dabei auch nicht in jedem Punkt der gleichen Meinung sein.

Bei alledem müssen wir uns aber an die goldene Regel halten: Wir können nicht mehr ausgeben als wir einnehmen! Das kann auf Dauer keine Familie, das kann kein Unternehmen und das darf auf Dauer auch nicht der Staat!

Sie haben die Prävention zu Recht als einen Ihrer Meilensteine in den Mittelpunkt Ihrer Regierungspolitik gestellt. Dies muss dann aber auch für die Haushaltspolitik gelten. Wichtig ist, dass die Konsolidierung des Landeshaushaltes voranschreitet, damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht zulasten nachfolgender Generationen gefährdet wird.

Denn dies würde geschehen, weil wichtige Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur nicht mehr möglich wären. Am Ende des Weges stünde dann auch hier zwangsläufig der Staatsbankrott. So weit darf es nun wirklich nicht kommen.

Die Einführung einer „Schuldenbremse“ in unserer Landesverfassung ist daher zwingend erforderlich. Ich begrüße sehr, dass auch Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, dieses Vorhaben unterstützen.

Es wäre auch nicht nachvollziehbar, wenn Länder wie Spanien oder Portugal dieses schaffen, NRW dazu aber nicht in der Lage wäre.

Und ich sage auch deutlich: Eine Schuldenreduzierung durch Steuererhöhungen darf keine Alternative hierzu sein.

Eine Reduzierung der Staatsausgaben bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum bietet die besten Chancen, um die Staatsverschuldung zu überwinden.

Das heißt insbesondere auch für Nordrhein-Westfalen: Wir müssen unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiter stärken.

Und wie sieht es damit in NRW aus?

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft zeigt sich trotz nachlassender wirtschaftlicher Dynamik noch robust.

Bei genauerer Betrachtung macht mir eines jedoch Sorge: Nordrhein-Westfalen ist in der zurückliegenden Krise überdurchschnittlich gefallen, hat aber jetzt im Aufschwung nur unterdurchschnittlich zugelegt.

Während im Krisenjahr 2009 die Wirtschaftsleistung im Bundesdurchschnitt um fünf Prozent einbrach, ging sie in Nordrhein-Westfalen sogar um 5,6 Prozent zurück. Im Aufschwung des ersten Halbjahres 2011 legte die Wirtschaftsleistung bundesweit um 3,9 Prozent zu, Nordrhein-Westfalen schaffte demgegenüber nur einen Zuwachs von 3,5 Prozent.

Unter dem Strich bedeutet das: Der Wirtschaftsstandort NRW droht zurückzufallen. Nordrhein-Westfalen ist keine Insel.

Wir stehen in einem intensiven nationalen und internationalen Wettbewerb. Und nur an einem wettbewerbsfähigen Standort werden auf Dauer bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.

Hierfür brauchen unsere Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen, für die auch die Landespolitik in NRW sorgen muss. Jede einseitige zusätzliche Belastung für den Wirtschaftsstandort senkt dessen Attraktivität, behindert Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze.

Sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin,

Sie haben in den vergangenen Monaten immer wieder sehr eindeutig zu industriepolitischen Themen Position bezogen. Ihr eindeutiges Bekenntnis zur Industrie in NRW begrüßen wir sehr. Bei allen Maßnahmen, die den Industriestandort stärken, haben Sie unsere volle Unterstützung.

Dies gilt beispielsweise für die Bundesrats-Initiative der Landesregierung zur Energiewende. Sie hat dazu geführt, dass die wichtige Härtefallregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nun mehr Unternehmen helfen kann als zuvor.

Auch wenn sich manche Punkte der Initiative im Gesetzgebungsverfahren letztlich nicht durchsetzen konnten:

Die Landesregierung hat sich für die Belange der Industrie in der Energiepolitik vorbildlich eingesetzt – und dafür möchte ich mich an dieser Stelle, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ausdrücklich bedanken.

Verbinden möchte ich diesen Dank mit der Bitte, mit uns gemeinsam den so wichtigen jährlichen Monitoring-Prozess verantwortungsvoll zu begleiten.

Die Bundesregierung hat erkannt, dass die Auswirkungen der Energiewende auf Versorgungssicherheit und Strompreise noch nicht vollständig abgeschätzt werden können. Dazu ist der Prozess zu dynamisch.

Umso wichtiger wird es sein, mit großer Verantwortung und Klugheit darauf zu schauen, ob sich die ehrgeizigen und ambitionierten Ziele der Energiewende auch tatsächlich realisieren lassen, ohne eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung zu gefährden.

Hier fordere ich die Landesregierung auf, mutig den Zeitplan zur Energiewende dann zu überprüfen, wenn es im übergeordneten Interesse der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und der Menschen in diesem Land notwendig sein sollte.

Meine Damen und Herren,
ich hatte vorhin von der Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur gesprochen. Auch hier sehe ich eine gefährliche Entwicklung: Immer häufiger stoßen Industrieansiedlungen und Infrastrukturprojekte in größeren Teilen der Bevölkerung auf erbitterten Widerstand.

Langjährige Gerichtsverfahren und Verzögerungen in den politischen Entscheidungsprozessen sind die Folge und verhindern die Verwirklichung notwendiger Investitionen.

Es ist richtig: Wir brauchen eine frühere und transparentere Bürgerbeteiligung. Und auch die Wirtschaft muss die Notwendigkeit ihrer Projekte besser kommunizieren und erklären.

Eines muss aber zwingend gelten: Wenn die Politik Industrie- oder Infrastrukturprojekte beschließt, dann muss sie auch dazu stehen und sich für die Umsetzung einsetzen. Alles andere nimmt Unternehmen Planungssicherheit und schadet so dem Investitionsstandort NRW.

Auch bei der geplanten Einführung eines Klimaschutzgesetzes NRW muss sich das Bekenntnis der Landesregierung zum Industriestandort NRW beweisen. Hier warne ich vor einem Alleingang.

Pioniergeist, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ist uns Unternehmern wahrlich nicht fremd. Allerdings müssen wir zuvor auch immer Nutzen und Risiken sorgfältig überprüfen.

Um es klar zu sagen: Die Wirtschaft in NRW bekennt sich zum Klimaschutz, sie investiert seit Jahren Milliarden in die Ressourcen- und Energieeffizienz.

Wir sitzen also in einem Boot.

Nationale und erst recht regionale Alleingänge führen aber oft zu Wettbewerbsverzerrungen. Nicht selten sind Produktionsverlagerungen die Folge oder Investitionen in Maschinen und Anlagen bleiben aus. Im Zweifel wird dadurch die CO₂-Bilanz eher schlechter als besser. Anders ausgedrückt: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht!

Ein falsches Signal für den Wirtschaftsstandort NRW ist auch der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Tariftreue- und Vergabegesetz.

Er ist ein Angriff auf die Tarifautonomie. Er bedroht Arbeitsplätze, erhöht Kosten und bedeutet bürokratischen Aufwand für Unternehmen sowie für die öffentliche Hand.

Was als Schutz vor sogenannter „Schmutzkonzurrenz“ dargestellt wird, belastet gerade kleine und mittlere Unternehmen mit unnötiger Bürokratie.

Ein solches Gesetz wird dafür sorgen, dass so mancher Betrieb ohne großen eigenen Verwaltungsapparat von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen wird.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden:

- Auch wir sind gegen sittenwidrige Löhne.
- Auch wir sind für Energie- und Ressourcen-Effizienz.
- Auch wir sind für die Gleichstellung von Mann und Frau.
- Auch wir sind für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Und auch wir sind gegen Zwangsarbeit oder die Ausbeutung von Kindern in der Dritten Welt.

Doch klar ist auch: Wer all' dieses durch komplizierte Gesetze und dann auch noch allein auf Landesebene regeln will, der schadet nicht nur Unternehmen, sondern auch jenen, denen er eigentlich helfen will.

Sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin,
so sehr wir mit manchen Gesetzesinitiativen Ihrer Landesregierung nicht einverstanden sind, so sinnvoll sind andere Weichenstellungen, die wir ausdrücklich unterstützen.

Dies gilt beispielsweise für den Vorentwurf für das neue Mittelstandsgesetz in NRW.

Das Gesetz gibt die richtige ordnungspolitische Orientierung. Besonders freuen wir uns über die zukünftig engere und frühzeitigere Einbindung der Wirtschaft in Gesetzgebungsprozesse und das Bekenntnis zur Verringerung bürokratischen Aufwands für Unternehmen.

Allerdings: Noch mehr hätten wir uns über dieses Gesetz gefreut, wenn es bereits vor dem Gesetzgebungsverfahren zum Klimaschutzgesetz und zum Tariftreuegesetz in Kraft getreten wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre wird die Fachkräftesicherung sein. Bereits heute haben wir in einzelnen Branchen Schwierigkeiten, alle Stellen adäquat zu besetzen. Als „unternehmer nrw“ begrüßen wir daher, dass die Landesregierung ein Programm zur „Fachkräftesicherung im Mittelstand“ entwickelt und die Sozialpartner frühzeitig in die Planungen einbezogen hat.

Wir werden die Umsetzung dieses Programms in den Regionen gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden konstruktiv begleiten. Denn bei diesem Thema sind wir gemeinsam gefordert.

Die Politik muss ihre Hausaufgaben vor allem in der Schul- und in der Hochschulpolitik erledigen. Ziel muss es zum Beispiel sein, die Zahl der Studienabbrecher deutlich zu reduzieren – vor allem in den so genannten MINT-Studiengängen.

Übrigens: Das ist die eigentliche Herausforderung und nicht der eher akademische Streit über die Mitbestimmungsrechte von ASTA-Vertretern und Gewerkschaften an Hochschulen.

Die Wirtschaft macht ihre Hausaufgaben: Sogar in der Krise sind die Ausbildungszahlen in NRW nahezu stabil geblieben. Wir halten Wort und bilden jetzt im Aufschwung verstärkt aus. Aktuell liegt die Zahl der Ausbildungsplätze um fast sechs Prozent über der des Vorjahres.

Im „Ausbildungskonsens NRW“ engagieren wir uns seit nunmehr 15 Jahren gemeinsam mit dem DGB und der Landesregierung dafür, dass jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot unterbreitet wird.

Zu unserer Zusage stehen wir auch weiterhin. Wir wissen, dass wir in den kommenden Jahren verstärkt auch schwächere Schulabgänger und Jugendliche mit Migrationshintergrund an eine duale Berufsausbildung heranführen müssen.

Dass junge Menschen auch ausbildungsfähig sind, dafür muss die Schule sorgen. Hierfür brauchen wir ein leistungsfähiges Schulsystem. So sehr wir in unseren Unternehmen auch lernschwache Jugendliche beim Einstieg in den Beruf unterstützen:

Unsere Betriebe können nicht Reparaturstätten für Versäumnisse in Elternhaus und Schule sein. Mit dieser Aufgabe wären sie nicht nur überfordert, dies ist auch nicht ihre Aufgabe. Aber wir sehen uns schon in der Verantwortung und helfen mit.

Ausdrücklich lobe ich in diesem Zusammenhang die guten Beratungen unter Leitung von Frau Ministerin Löhrmann in der Bildungskonferenz. Gerne haben wir die Beratungen eng und konstruktiv begleitet.

Ich sehe nun die große Chance, dass nach dem Schulkompromiss im Landtag zwischen SPD, Grünen und der CDU nun über inhaltliche Fragen diskutiert werden kann. Dieser Schulkompromiss hat eine befriedende Wirkung, schafft Planungssicherheit für die Kommunen und sorgt für den Erhalt eines leistungsfähigen und differenzierten Schulsystems auch in der Fläche.

Hierzu kann ich allen Beteiligten nur gratulieren.

Meine Damen und Herren,

wenn ich eingangs davon gesprochen hatte, dass ich Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen am Scheideweg sehe, so ist dies der zunehmenden Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung geschuldet.

Wie auch immer sich die nächsten Monate entwickeln werden, der Blick auf die zurückliegende Krise sollte uns allen Mut machen.

Ich hoffe sehr, dass wir alle uns in den nächsten Monaten an das erinnern, was uns in den letzten Jahren stark gemacht hat: Grundlage für die Sicherung von Beschäftigung ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe.

Bevor ich Sie bitte, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, zu uns zu sprechen, möchte ich abschließend eines feststellen:

- Wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Ärmel hochkrempeln,
- wenn wir uns den Geist des sozialpartnerschaftlichen Miteinanders bewahren,
- wenn die Politik dies durch frühzeitige Weichenstellungen der relevanten Rahmenbedingungen begleitet,

dann werden wir auch neue Herausforderungen erfolgreich bewältigen.

Wir Unternehmer in Nordrhein-Westfalen sind dazu bereit. Vielen Dank!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort!